



# HPR aktuell

Redaktion: Uwe Knechtel

## Ausgabe Oktober 2015

Evaluierung der Strukturen der  
Binnenzollämter Seite 1

Abordnungen von Zöllnerinnen  
und Zöllner an BAMF und  
Bundespolizei Seite 1

Organisation der Sachgebiete C:  
Regelung zur Arbeitszeit - Absatz  
49 der aktuell gültigen OrgDV  
Seite 2

Aufwandsersatz für verschmutzte  
Bekleidung der Beamtinnen und  
Beamten Seite 2

KLP-Prozess 2016 – Planung für  
die Kontaktstellen KraftSt Seite 3

Aktuelles aus dem Tarifbereich  
Seite 3

Personalrätekonferenz Bund  
Seite 3



Friedrichstraße 169-170  
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600  
Telefax: 030-4081-6633  
E-Mail: [post@bdz.eu](mailto:post@bdz.eu)  
Internet: [www.bdz.eu](http://www.bdz.eu)

## Evaluierung der Strukturen der Binnenzollämter

Noch im September 2015 war der Vorgang vom Hauptpersonalrat als nicht entscheidungsreif an das Bundesfinanzministerium zurückgegeben worden (wir berichteten). Nach zwischenzeitlich intensiven geführten Gesprächen des HPR-Vorsitzenden Dieter Dewes und der weiteren BDZ-Berichterstatterin Sabine Knoth mit dem zuständigen Referat wurde über zahlreiche aus der Fläche eingegangene Argumente Einvernehmen erzielt. Nach der anschließenden Debatte zwischen dem Bundesfinanzministerium und

den betroffenen Bundesfinanzdirektionen wurde dem Hauptpersonalrat nun ein berechtigter Antrag auf Zustimmung vorgelegt. Davon angenommen war die Entscheidung über den Fortbestand des Zollamts Bad Oeynhausen (Hauptzollamt Bielefeld). Hierbei bedarf es noch eines ergänzenden Berichts der Bundesfinanzdirektion Mitte. Sobald dieser vorliegt, wird der Hauptpersonalrat gesondert beteiligt. Dem berechtigten Antrag stimmte das Gremium anschließend zu.

*Bearbeiter: Dewes, Knoth*

## Abordnungen von Zöllnerinnen und Zöllner an BAMF und Bundespolizei

Für Irritationen sorgte unlängst eine Verfügung der Zentralen Fachabteilung der Bundesfinanzdirektion Mitte vom 22. September 2015, in der unter anderem ausgeführt wurde, dass eine „pauschale Suspendierung der Trainingsvorschriften der Zollverwaltung für abgeordnete Schusswaffen führende Zollvollzugsbedienstete nicht in Betracht komme ... und quantitative Trainingsverpflichtungen, die noch nicht erfüllt worden sind, nach der Abordnung nachzuholen seien“. Das steht im krassen Gegensatz zu den Aussagen von Staatssekretär Werner Gätzer und Abteilungsleiter Julian Würtenberger, die im Rahmen der gemeinschaftlichen Besprechung im September 2015 übereinstimmend zugesagt hatten, dass unseren Beschäftigten durch die Abordnungen keinerlei zusätzliche Belastungen

bzw. Einbußen entstehen werden. Nach zahlreichen Eingaben aus der Fläche und der folgenden Rücksprache der Berichterstatter im Ministerium wird jetzt für die – vorher nicht mit dem Bundesfinanzministerium und dem Hauptpersonalrat abgestimmte – Verfügung nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht. Das Gremium spricht sich einstimmig nicht gegen die Abordnungen aus, hat fraktionsübergreifend aber festgestellt und bemängelt, dass unsere Zöllnerinnen und Zöllner zur Bundespolizei abgeordnet werden, wenn gleichzeitig Tausende Polizistinnen und Polizisten Regional- und Drittlingspiele in vierstelliger Größenordnung begleiten. Hier sollte sich das zuständige Ressort einmal die Frage stellen, ob es das Personal richtig einsetzt.

*Bearbeiter: Eich, Knoth*

## Organisation der Sachgebiete C: Regelung zur Arbeitszeit - Absatz 49 der aktuell gültigen OrgDV

Entsprechend dem Bezugserrlass vom 21. November 2013 wird in Absatz 62 des Entwurfs der Dienstvorschrift über die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Kontrolleinheiten des Sachgebiets C der Hauptzollämter (OrgDV) zutreffend festgelegt, dass aufgrund der besonderen Arbeitssituation in den

Dezembermonaten für die Kontrolleinheiten der Sachgebiete C an Flughäfen generell der Bedarf für einen abweichenden Abrechnungszeitraum besteht. Da die abschließende Evaluierung der OrgDV allerdings noch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird, hat der Hauptpersonalrat dem Antrag des Bundesfinanzmini-

steriums zugestimmt, dass für die Kontrolleinheiten der Sachgebiete C der Hauptzollämter auf allen Flughäfen die Regelung des Bezugserrlasses weiterhin Anwendung findet und für den Abrechnungszeitraum 2015 der Abrechnungsstichtag auf den 31. März des Jahres 2016 verlegt wird.

*Bearbeiter: Eich*

## Aufwandsersatz für verschmutzte Bekleidung der Beamtinnen und Beamten

Das Anliegen des Hauptpersonalrats, den für Schiffskontrollen zuständigen Bediensteten eine Reinigungspauschale zu gewähren, hat das Bundesfinanzministerium gemeinsam mit den Bundesfinanzdirektionen Nord und Mitte geprüft und mit Schreiben vom 30. September 2015 dem Hauptpersonalrat geantwortet. Danach wurde anerkannt, dass es im Zuge von Schiffskontrollen gegebenenfalls durchaus

zu einer stärkeren Verschmutzung der Dienst- und Arbeitsbekleidung kommt, als bei den stichprobenartig durchgeführten Gasölkontrollen der Kontrolleinheiten Verkehrswege. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, wird vom 1. Oktober bis zum 30. September 2016 zunächst ein vereinfachtes Antragsverfahren zur quartalsweisen Erstattung privater Reinigungskosten erprobt. Danach soll auf Grundlage der dann vorlie-

genden Erstattungsanträge eine Markterkundung hinsichtlich der Konditionen privater Reinigungsdienstleister durchgeführt werden. Das Kosten-/Nutzen-Verhältnis beider Alternativen (vereinfachtes Antragsverfahren oder privater Reinigungsdienstleister) wird dann als Entscheidungsgrundlage dienen. Wir werden weiter berichten.

*Bearbeiter: Eich, Knoth*

## KLP-Prozess 2016 – Planung für die Kontaktstellen KraftSt

Den Hauptpersonalrat erreichen zurzeit immer wieder kritische Rückmeldungen zum derzeitigen Personalaufwand für die notwendige Flächenpräsenz in den Kontaktstellen KraftSt. Thematisiert wird, dass das hierfür eingesetzte Personal in der Personalplanung insbesondere bei den Hauptzollämtern ohne eigenen Arbeitsbereich Festsetzung KraftSt bislang unberücksichtigt blieb. Die betroffenen Organisationseinheiten müssen sich die Stunden hierfür

„aus den Rippen schneiden“ und produzieren deswegen nicht nur weniger gebuchte Stunden in ihrem originären Aufgabenbereich, sondern insbesondere auch eine geringere Leistungsmenge. Eine mögliche Umplanung in vertretbarem Maß ist bei den betroffenen Dienststellen nach dem Hauptpersonalrat vorliegenden Informationen im KLP-Prozess für 2016 nicht erfolgt. Der Hauptpersonalrat hat deshalb das Bundesfinanzministerium um

eine KLR-Datenauswertung bei den betroffenen Kostenstellen gebeten. Anschließend sollen die Ergebnisse zwischen Bundesfinanzministerium und Hauptpersonalrat diskutiert und hinterfragt werden. Sollte sich ein zusätzlicher Zeitaufwand bei den Kontaktstellen ergeben, müsste dieser nicht nur in der Kosten- und Leistungsplanung künftig berücksichtigt, sondern dort auch tatsächlich mehr Personal eingesetzt werden.

*Bearbeiter: Eberle*

## Aktuelles aus dem Tarifbereich

Im Wesentlichen ging es in der Oktober-Sitzung 2015 um die Umsetzung des Erlasses vom 29. September 2015 zur Übertragung von höherwertigen Tätigkeiten auf Tarifbeschäftigte der Zollverwaltung. Wie bereits berichtet, werden diese Erlasse höhergruppiert. Die Höhergruppierungen sollen zum 1. November 2015 erfolgen. Die zuständigen Personalvertretungen sind natürlich durch die jeweiligen personalverwaltenden Stellen gemäß dem

Bundespersönlichkeitsgesetz zu beteiligen. Für den Hauptpersonalrat ist besonders erfreulich, dass in nicht unbeachtlichem Umfang Tarifbeschäftigte von Entgeltgruppe 9a nach 9b höhergruppiert werden. Insgesamt betrachtet ist das Ergebnis des Erlasses ausgesprochen positiv zu bewerten. Nach Auffassung des zuständigen Berichterstatters im Hauptpersonalrat, Uwe Knechtel (BDZ), sind aber weitere Aktionen für den Tarifbereich durch das Bundesfinanzministerium und der

zukünftigen Generalzolldirektion nötig. An einer kontinuierlichen Fortführung des Erlasses mit entsprechenden Vorgaben führt kein Weg vorbei. Nur so ist eine vernünftige Personalentwicklung im Tarifbereich möglich. Weiterhin waren in der Oktober-Sitzung 2015 ein Erlass des Bundesfinanzministeriums zur Besitzstandszulage für kinderbezogene Entgeltbestandteile sowie zur Einstellung von Auszubildenden im Tarifbereich Thema.

*Bearbeiter: Knechtel*

## Personalrätekonferenz Bund

Im September 2015 hat der stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Uwe Knechtel (BDZ), an einer Personalrätekonferenz Bund in Bonn teilgenommen. Einladende waren verschiedene Bundespolitiker aller Fraktionen im Bundestag, darunter Ulrich Kelber (SPD) und

Dr. Norbert Röttgen (CDU). Wesentliches Thema war das Berlin/Bonn-Gesetz und seine Auswirkungen auf die Bundesministerien in Bonn. Dabei ging es vorrangig um den Bereich Personalstand, Personalentwicklung sowie die Altersstruktur in den jeweiligen Bundesbehörden.

Des Weiteren wurde intensiv über die Errichtung eines Bundesrechenzentrums mit Sitz in Bonn diskutiert. Personalwirtschaftliche Fragen aber auch die personalvertretungsrechtliche Beteiligung der Personalvertretungen stand dabei im Vordergrund.

*Bearbeiter: Knechtel*